



Petition 76370

Schulwesen - Bundeseinheitliche Regelung der Schulpolitik

Text der Petition

Der Deutsche Bundestag möge gemeinsam mit dem Bundesrat eine Grundgesetzänderung beschließen, welche die Schulpolitik zentral regelt.

Begründung

Durch eine Zentralisierung der Schulpolitik auf Bundesebene werden die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um Schulpolitik in der gesamten Bundesrepublik Deutschland GLEICHARTIG und auch GLEICHWERTIG zu gestalten und auch DURCHZUSETZEN.

Ein ledigliches "Mehr Geld für mehr bzw. bessere Bildung", insbesondere, wenn diese Haushaltssmittel vom Bund in die Bundesländer verteilt werden sollen, ist NICHT VOM ENDE HER DURCHDACHT.

VOM ENDE HER DURCHDACHT wäre eine bundeseinheitliche Schulpolitik, die es berufstätigen Familien mit schulpflichtigen Kindern ermöglicht, ohne Sorge über schulische Anpassungsprobleme oder Anerkennung schulischer Leistungen ihrer Kinder beim Umzug von einem Bundesland in ein anderes, guten Mutes einer anderen beruflichen Tätigkeit nachzukommen.

VOM ENDE HER DURCHDACHT wäre eine bundeseinheitliche Schulpolitik, die es durch einheitliche Qualitätsstandards an Lehrpersonal im Zusammenhang mit dem Folgepunkt zu Aufbau- und Ablauforganisation ermöglicht, auch Lehrkräften eine bundesweite "Mobilität" zu ermöglichen, ohne sich Gedanken über länderspezifische Anpassungen in der Lehre oder sich mit länderspezifischen Gehaltsvariationen auseinandersetzen zu müssen.

VOM ENDE HER DURCHDACHT wäre eine bundeseinheitliche Schulpolitik, wenn es verbindliche Vorgaben im Bereich von Aufbau- und Ablauforganisation zu bundesweit einheitlich vorgegebenen Schulformen und Lehrplänen gäbe, welche die GLEICHARTIGKEIT und auch GLEICHWERTIGKEIT von schulischen Leistungen ohne weitere Prüfungsschritte ermöglicht.

VOM ENDE HER DURCHDACHT wäre somit die entsprechend finanzielle Ausstattung durch den Bund im Bezug der Löhne / Gehälter aber auch in Bezug auf die infrastrukturelle Ausstattung.

VOM ENDE HER DURCHDACHT wäre eine bundeseinheitliche Schulpolitik auch deswegen, weil dadurch gesamtgesellschaftliche Themen, welche in einem gewollten Kontext in einer gewollten Qualität bereits auf Schulebene einheitlich zu vermitteln wären (Beispiel die freiheitlich demokratische Grundordnung und welchen Wert diese in unserer Gesellschaft hat, Soziale Bedürfnisse, Regeln und Gesetze im alltäglichen Miteinander im Vergleich zu Regeln und Gesetze anderer Nationen, der europäische Gedanke und welchen Wert dieser für unsere deutsche Gesellschaft hat, die Trennung von Kirche und Staat und der kontroverse Vergleich mit anderen (religiös geführten) Nationen, Sicherheitspolitik, etc.) durchsetzbar.

Schulformen und Lehrpläne die, mir scheint fast teilweise ohne Bedacht im Takt der Legislaturperioden erfunden und erlassen werden, müssen einer Solidität und einer Beständigkeit weichen.

Mein Respekt und meine Anerkennung gilt somit allen politischen Vertreter/-innen, gleich welcher Couleur, die diesen volksnahen Wunsch nach Einheitlichkeit der Schulpolitik im Rahmen einer Grundgesetzänderung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, zum Wohle des Bildungsstandortes Deutschland und dessen Erhalt mit Ihrer Stimme im Rahmen einer Grundgesetzänderung unterstützen.
Vielen Dank!